

Sozialer Sprengstoff liegt nicht bloß im Süden

Vor dem Weltgipfel für soziale Entwicklung

JENS MARTENS

»Es gibt keine dringendere Aufgabe für all unsere Gesellschaften, als die rechtzeitige Entschärfung der ›sozialen Bombe‹, die vor unseren Augen immer größer wird.«

Juan Somavia

Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung sollen Staats- und Regierungschefs aus aller Welt Anfang kommenden Jahres beschließen, wenn sie in Kopenhagen zum *Weltgipfel für soziale Entwicklung* (World Summit for Social Development) zusammentreffen. Ausgehend von einer 1991 vorgetragenen Anregung Chiles, die im September 1992 in Jakarta auf der zehnten Gipfelkonferenz der Blockfreien breite Unterstützung fand, beschloß die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit ihrer Resolution 47/92 Mitte Dezember des gleichen Jahres die Einberufung einer derartigen Konferenz »auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs«. Sie wird nun vom 6. bis 12. März 1995 in der dänischen Hauptstadt abgehalten werden; für das Treffen auf höchster Ebene der Staatenvertreter – den eigentlichen ›Gipfel‹ – sind der 11. und der 12. März reserviert.

Die Zusammenkunft stellt ein weiteres Glied in einer Kette von Weltkonferenzen dar, die die internationale Entwicklungsdebatte der neunziger Jahre bestimmen. Der Anfang wurde 1990 mit dem Weltkindergipfel gemacht, gefolgt vom Erdgipfel von Rio (1992), der Wiener Menschenrechtskonferenz (1993) und der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz (1994). Im September 1995 findet in Beijing die vierte Weltfrauenkonferenz statt, und das vorläufige Ende dieses Konferenzmarathons bildet HABITAT II im Juni 1996 in Istanbul.

Geringe Resonanz in der Öffentlichkeit

Die Erwartungen, die von seiten der Vereinten Nationen an den Weltsozialgipfel gerichtet werden, sind hoch: »Der Gipfel, der mit dem 50. Jahrestag der Vereinten Nationen zusammenfällt«, so Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali,¹

»wird die Grundlagen für die Arbeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der sozialen Entwicklung in den kommenden Generationen legen. Er wird ein Höhepunkt des Prozesses der Neubestimmung sein, der mit dem Zusammenbruch der Bipolarität begann.«

Und im jüngsten Entwurf des Aktionsprogramms für den Weltsozialgipfel heißt es im ersten Satz:

»Der Weltgipfel für soziale Entwicklung ... stellt eine historische Gelegenheit für die gesamte internationale Gemeinschaft dar, ... eine neue Ära der internationalen Zusammenarbeit einzuleiten«

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) fordert in seinem diesjährigen Bericht über die menschliche Entwicklung gar, der Weltsozialgipfel müsse »eine neue Vision vermitteln, eine neue Richtung vorgeben – und ein solides Fundament für eine neue Gesellschaft legen.«² Ziel sei es, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung (sustainable development), das die Diktion des Erdgipfels von Rio bestimmte, zu einem Konzept der nachhaltigen menschlichen Entwicklung (sustainable human development) weiterzuentwickeln.

Die hohen Ansprüche an den Gipfel stehen in krassem Gegensatz zum bisherigen Verlauf der Vorbereitungen, der öffentlichen Wahrnehmung und den zu erwartenden Ergebnissen. Von vornherein stand fest, daß es in Kopenhagen nicht zur Verabschiedung rechtsverbindlicher Konventionen kommen wird. Auch mit einer spürbaren Mobilisierung »neuer und zusätzlicher Ressourcen«, wie von den Entwicklungsländern gefordert, ist bislang nicht zu rechnen. In-

haltliche Impulse kamen bisher eher aus dem UN-Bereich selbst als von den Regierungen der Mitgliedstaaten. Eine besondere Rolle spielt dabei das UNDP, das seinen Bericht über die menschliche Entwicklung 1994 ganz der inhaltlichen Vorbereitung des Weltsozialgipfels widmete.

Die geringe politische Unterstützung durch die meisten Regierungen ist gewiß mitverantwortlich für die bislang schwache öffentliche Wahrnehmung des Weltsozialgipfels. Anders als etwa beim Erdgipfel von Rio fanden die Vorbereitungen für den Kopenhagen-Gipfel bisher praktisch unbemerkt von der Öffentlichkeit statt. Juan Somavia, der UN-Botschafter Chiles und Vorsitzende des Vorbereitungsausschusses (Preparatory Committee, PrepCom), beklagt, daß sich der ›Social Summit‹ bisher eher als ›Secret Summit‹ darstelle.

Anwachsen der Armut als weltweites Problem

Dabei mangelt es keineswegs an Gründen, gerade jetzt die Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung zum Thema einer globalen Konferenz zu machen. Der UN-Generalsekretär hat dies in einem Bericht zur Vorbereitung des Gipfels deutlich gemacht, in dem er unverblümt auf die weltweite Verschärfung der sozialen Lage hinwies und Gegenmaßnahmen forderte.³

Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich in den letzten Jahrzehnten international wie national kontinuierlich vergrößert: Dem Bericht zufolge stieg das Verhältnis zwischen dem Einkommen der ärmsten 20 vH der Weltbevölkerung und der reichsten 20 vH von 1 zu 20 (1960) auf 1 zu 60 (1990). Mit anderen Worten: Das reichste Fünftel lebt von 83 vH des Welteinkommens, das ärmste Fünftel gerade von 1,5 vH.

Auch innerhalb der meisten Staaten hat sich die Situation verschärft. Der Bericht des Generalsekretärs zitiert eine Untersuchung in 16 Entwicklungsländern, wonach sich in drei Vierteln dieser Länder die Einkommensunterschiede in den letzten zehn Jahren vergrößert haben oder zumindest gleichgeblieben sind.

Mehr als 120 Millionen Menschen sind weltweit gegenwärtig als Arbeitslose registriert, weitere 700 Millionen gelten offiziell als unterbeschäftigt. Sie bilden das Gros der weit über eine Milliarde Armen in der Welt. Die Tendenz ist steigend, nicht nur in den Ländern der Dritten Welt. Auch in den Industrieländern stellte der UN-Generalsekretär »wachsende Unterschiede in den Lebensbedingungen zwischen Arm und Reich, insbesondere zwischen den Reichen und der Mittelklasse« fest.

Armut existierte niemals allein in der Dritten Welt, aber inzwischen gehört sie auch in den Industrieländern immer mehr zur (wenngleich

Autoren dieser Ausgabe

Jens Martens, Dipl.-Volksw., geb. 1962, ist für die Informations- und Servicestelle ›Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung‹ (WEED) in Bonn an der Vorbereitung des Weltsozialgipfels seitens der NGOs beteiligt.

Dr. Jens Naumann, geb. 1943, ist Professor für Erziehungswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Entwicklungspolitisch auch als Initiator eines Partnerschaftsprojektes engagiert.

»Der Weltgipfel für soziale Entwicklung bietet der Weltgemeinschaft Gelegenheit, die internationale Zusammenarbeit im Bereich der sozialen Dimension der Entwicklung zu stärken. Während die Globalisierung auf vielfältige Weise positive Veränderungen in der heutigen Welt bewirkt, verlagern sich gleichzeitig auch negative soziale Phänomene wie Kriminalität, Krankheiten, Drogen, unkontrollierte Migration, Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Zerrüttung auf die regionale und internationale Ebene. Die Größenordnung dieser Probleme, gepaart mit dem Umstand, daß die moderne Kommunikation und der weltweite Handel die einzelstaatlichen Grenzen mehr und mehr verwischen, hat es mit sich gebracht, daß einzelne Staaten und Regierungen immer weniger in der Lage sind, diese Probleme alleine anzugehen oder gar einer Lösung zuzuführen. Die Vereinten Nationen, ihre Mitgliedstaaten und andere Akteure der Weltgemeinschaft müssen den Gipfel als eine Chance sehen, einen internationalen Konsens im Bereich der sozialen Entwicklung herzustellen und sich auf einen umsetzbaren internationalen Maßnahmenplan zu verpflichten.«

Boutros Boutros-Ghali
im diesjährigen Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen an die Generalversammlung
(UN-Dok. A/49/1)

häufig versteckten) Normalität. Nach Angaben des Caritas-Verbandes leben in Deutschland rund fünf Millionen Menschen, das sind 6 vH der Bevölkerung, an der Armutsgrenze.

Gerade in einer Zeit der beschleunigten Globalisierung des kapitalistischen Wirtschaftsmodells werden die Grenzen dieses Modells und des auf ihm basierenden vorherrschenden Konzepts von ›Entwicklung‹ deutlich. Eine Expertengruppe, die im Auftrag der Vereinten Nationen einen Bericht zu Fragen der sozialen Integration ausarbeitete, kommt in bezug auf die Dynamiken des marktwirtschaftlichen Systems zu dem Schluß: »Es gibt nicht nur jene, die zurückgelassen werden oder die nicht ›ins Rettungsboot gezogen‹ werden können, sondern auch jene, die über Bord geworfen werden, die ausgeschlossen werden.«⁴ Dies betrifft nicht nur einzelne und Gruppen innerhalb einer Gesellschaft, sondern im Rahmen der Weltwirtschaft auch ganze Nationen.

Der Internationale Währungsfonds (IMF) und die Weltbank trugen mit ihren Strukturanpassungsprogrammen in vielen Ländern der Dritten Welt zur Verschärfung der sozialen Lage maßgeblich bei – eine Tatsache, die inzwischen auch von diesen Institutionen selbst kaum mehr bestritten wird. Die Frage der sozialen Ausrichtung von Strukturanpassungsprogrammen wird daher auch ein zentrales Thema des Weltsozialgipfels sein. Im Entwurf für die Abschlußklärung heißt es dazu wörtlich: »Angemessene Änderungen in der Politik der Bretton-Woods-Institutionen werden notwendig sein.«⁵ Für Juan Somavia, den Vorsitzenden des Vorbereitungsausschusses, stellen die strukturellen Anpassungen in den Entwicklungsländern allerdings nur ein »Mikro-Problem« im Vergleich zu den notwendigen Reformen in den Industrieländern dar. Der Weltsozialgipfel hat sich in seinen Augen vor allem auch mit der Strukturanpassung des Nordens zu befassen.

Anders als bei den meisten Weltkonferenzen zuvor, beschränkt sich die Agenda des Weltsozialgipfels damit nicht auf die Probleme der Entwicklungsländer. In Kopenhagen sollte es gleichermaßen auch um die soziale Lage in den Industrieländern gehen.

Kompetenzverlust der UN im Wirtschafts- und Sozialbereich

Aber es sind nicht nur die weltweit unbewältigten wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die die Vereinten Nationen veranlaßten, dazu eine Konferenz auf höchster Ebene einzuberufen. Ein weiteres, eher UN-internes Motiv ergab sich aus der politischen Schwerpunktverlagerung, die innerhalb der Weltorganisation in den letzten Jahren stattfand. Gegenüber dem wachsenden Engagement im Bereich der Friedenssicherung und der militärischen Konfliktbearbeitung

verloren die entwicklungsbezogenen Aktivitäten der Vereinten Nationen graduell an Bedeutung.

Diese Tendenz spiegelt sich nicht nur in der Berichterstattung der Medien wider, sie zeigt sich sehr konkret auch in der Verteilung der finanziellen Ressourcen. Während die Ausgaben für Blauhelm-Einsätze kontinuierlich anstiegen und 1994 einen Umfang von rund 3 Mrd US-Dollar erreichen werden, verzeichneten die Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen im letzten Jahr erhebliche Einnahmerückgänge. Die freiwilligen Leistungen für das Welternährungsprogramm sanken um 40 vH, das UNDP mußte mit 15 vH weniger Mitteln auskommen, und auch das UNICEF und der UNFPA registrierten 1993 geringere Beiträge. Hinzu kommt, daß sich spätestens seit den achtziger Jahren der IMF und die Weltbank, entgegen ihrem ursprünglichen Auftrag, bei der Formulierung von Entwicklungskonzepten für die Länder der Dritten Welt als zentrale Akteure etabliert haben.

Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken und das Thema Entwicklung wieder stärker in den Mittelpunkt der UN-Aktivitäten zu rücken, beschlossen die Vereinten Nationen eine Reihe von Maßnahmen. Dazu gehören die Ausarbeitung einer ›Agenda für die Entwicklung‹ durch den Generalsekretär,⁶ die Aufwertung des UNDP-Administrators und nicht zuletzt die Einberufung des Weltgipfels für soziale Entwicklung.

Ob es damit gelingen wird, den Vereinten Nationen, nicht ganz zufällig im 50. Jahr ihres Bestehens, die Kompetenzen im Wirtschafts- und Sozialbereich zurückzugeben, die ihnen von der Charta ursprünglich zugedacht waren, ist zweifelhaft. In jedem Fall wird dies auch von den konkreten Ergebnissen des Kopenhagen-Gipfels abhängen.

Internationaler ›New Deal‹ noch in weiter Ferne

Welche Form die Ergebnisse des Weltsozialgipfels haben werden, stand bereits zu Beginn des Vorbereitungsprozesses fest. Nach dem traditionellen Muster von UN-Konferenzen wird es eine Abschlußklärung und ein Aktionsprogramm geben.

Diese Entscheidung stieß nicht überall auf Zustimmung. Eine Beratergruppe, die vom Generalsekretär zur inhaltlichen Vorbereitung des Gipfels einberufen wurde, kritisierte diese Form als »Stereotyp« und sprach sich stattdessen für die Ausarbeitung eines internationalen Sozialkontraktes aus.⁷

In eine ähnliche Richtung ging der Vorschlag des UNDP, in Kopenhagen eine Weltsozialcharta zu verabschieden, mit der der politische Wille zur grundlegenden Neugestaltung der internationalen Zusammenarbeit im Sinne eines globalen ›New Deal‹ zum Ausdruck gebracht wird. Da aber eben dieser politische Wille bei den Regierungen offensichtlich nicht vorhanden ist, wird es in Kopenhagen bestenfalls zu der Empfehlung kommen, die Idee einer Weltsozialcharta weiter zu prüfen.

Dieser Vorschlag ist Bestandteil eines umfassenden Katalogs von Empfehlungen, die unter der Überschrift »Agenda für den Sozialgipfel« im diesjährigen Bericht über die menschliche Entwicklung vom UNDP zur Diskussion gestellt werden. Demnach sollten sich die Regierungen beim Weltsozialgipfel auf folgende weitere Themen konzentrieren:

- > Verabschiedung eines ›20-zu-20-Vertrags‹, mit dem sich die Regierungen verpflichten, sowohl durchschnittlich 20 vH ihrer Entwicklungshilfe als auch 20 vH ihrer Staatsausgaben für Schwerpunkte menschlicher Entwicklung (human priorities),⁸ zu verwenden.
- > Mobilisierung der Friedensdividende durch die Festlegung klarer Ziele für die Kürzung der Militärausgaben und Verwendung der freiwerdenden Mittel für soziale Belange.
- > Einrichtung eines Fonds für menschliche Sicherheit, der sich unter anderem aus den Erträgen einer internationalen Steuer auf

Devisentransaktionen, der nach dem Träger des Wirtschafts-Nobelpreises für 1981 benannten ›Tobin-Tax‹, speisen soll.

- > Stärkung und bessere Koordination des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen.
- > Einrichtung eines Wirtschafts-Sicherheitsrats als höchstes Entscheidungsgremium in allen Fragen nachhaltiger menschlicher Entwicklung. Der neue Rat sollte auch die Politik der internationalen Finanzinstitutionen, allen voran IMF und Weltbank, überwachen.

Diese Empfehlungen gehen in ihrer Reichweite und Verbindlichkeit weit über die bisherigen Entwürfe des UN-Sekretariats und die Vorstellungen der meisten Regierungen hinaus. Zustimmung signalisierten vor allem die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und einige der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit traditionell in besonderem Maße aufgeschlossene Staaten wie Kanada, Australien und die skandinavischen Länder. Die Mehrheit der Regierungen reagierte dagegen zurückhaltend bis ablehnend.

Nach Ansicht der Bundesregierung sollten einzelne, im Bericht über die menschliche Entwicklung vorgetragene Vorschläge »nach dem Gipfel, z.B. im Rahmen des Follow-up, weiter diskutiert werden, ohne daß dazu bereits auf dem Gipfel selbst Grundsatzbeschlüsse gefaßt werden müssen.«⁹

Deutsche NGOs melden sich zu Wort

Diese Haltung ist bezeichnend für die bisherige defensive Strategie der deutschen Regierung im Prozeß der Vorbereitung des Weltsozialgipfels. So hatte Bonn zu Beginn noch versucht, die Bedeutung des Gipfels herunterzuspielen und das Treffen unterhalb der Ebene von Staats- und Regierungschefs durchzuführen, konnte sich damit international jedoch nicht durchsetzen.¹⁰

In der Folgezeit wurde das Hauptaugenmerk auf die Betonung der primären Eigenverantwortung der Staaten für ihre Entwicklung gelegt. »Die Botschaft, die vom Weltsozialgipfel ausgehen soll, ist der Aufruf zur Mobilisierung der eigenen Kräfte und Kapazitäten in allen Staaten der Welt, um Armut zu bekämpfen, produktive Beschäftigung und soziale Integration zu fördern«, so die Bundesregierung im Entwurf einer Stellungnahme für die zweite Tagung des Vorbereitungsausschusses. Diese Sichtweise spiegelt sich auch in dem nationalen Bericht wider, den die Bundesregierung bereits im vergangenen Jahr zur Vorbereitung des Weltsozialgipfels den Vereinten Nationen vorgelegt hatte.

Deutliche Kritik erhielt sie deswegen vom deutschen NGO-Forum zum Weltsozialgipfel, in dem über 40 Entwicklungsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und politische Stiftungen zusammenarbeiten. In einer Stellungnahme vom August 1994 plädiert das Forum unter anderem für einen weltweiten Sozialausgleich im Rahmen einer internationalen Sozialpolitik und weist die Analyse der Bundesregierung mit ihrer Betonung der internen Armutsursachen als »einseitig und unzureichend« zurück. Daneben geht die Stellungnahme auch auf die deutsche Sozialpolitik ein; die Bundesregierung wird aufgefordert, den Sozialabbau zu stoppen und die Sozialhilfe nicht als »Verschiebebahnhof finanzieller Engpässe« zu mißbrauchen.

Besonders scharf kritisierten die nichtstaatlichen Organisationen, daß sie bis dahin von der Bundesregierung entgegen den Empfehlungen der Vereinten Nationen und der üblichen Praxis bei anderen UN-Konferenzen nicht an den Vorbereitungen zum Weltsozialgipfel beteiligt wurden. Nachdem in der Zwischenzeit im federführenden Arbeitsministerium die bisher für die Gipfelvorbereitungen verantwortlichen Beamten von anderen abgelöst worden waren, wird den NGOs zunehmend Kooperationsbereitschaft signalisiert. Das NGO-Forum wird seitdem in die Ressortbesprechungen zur Vorbereitung



**WORLD SUMMIT
FOR SOCIAL
DEVELOPMENT**

Bekämpfung der Armut, Herstellung von Solidarität, Schaffung von Arbeitsplätzen – diese drei Hauptziele des Weltsozialgipfels soll das für die vom 6. bis 12. März 1995 in Kopenhagen stattfindende Tagung geschaffene Logo ausdrücken: Hand in Hand, Schritt für Schritt, auf der Grundlage von Menschenwürde, individueller Freiheit sowie von gleichen Rechten und Pflichten ist der Aufstieg in eine lichtere Zukunft möglich.

des Gipfels einbezogen und kann Vertreter in die offizielle Delegation entsenden. Ob diese neue Offenheit im weiteren Vorbereitungsprozeß auch bei den eigentlichen politischen Fragen ihren Niederschlag finden wird, bleibt abzuwarten.

Globaler Vertrag als Ziel

Die Erwartungen an den Weltsozialgipfel wurden angesichts des bisherigen Verhandlungsverlaufs selbst bei Optimisten deutlich heruntergeschraubt. An die Stelle der Vision eines neuen Weltsozialausgleichs ist ein Pragmatismus der kleinen Schritte getreten. Der Erfolg von Kopenhagen hängt nun vor allem davon ab, ob es den Regierungen gelingt, über unverbindliche Absichtserklärungen hinaus wenigstens einige klare Verpflichtungen (die ›Commitments‹) zu formulieren und dazu konkrete, zeitgebundene Handlungspläne zu verabschieden.

Gemessen an diesem Kriterium erweisen sich die bisherigen Entwürfe für ein Aktionsprogramm als enttäuschend.¹¹ Entgegen dem eigentlichen Zweck eines Aktionsprogramms enthalten sie kaum konkrete (geschweige denn innovative) Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung auf nationaler und internationaler Ebene.

Die im Vorbereitungsprozeß aktiven Entwicklungs-NGOs, die in New York parallel zu den offiziellen PrepCom-Sitzungen im sogenannten Development Caucus zusammenarbeiten, zeigten sich mit den bisherigen Ergebnissen entsprechend unzufrieden. Nachdem auch ein während der zweiten Tagung des PrepCom im August 1994 überarbeiteter Entwurf des Aktionsprogramms keine Fortschritte brachte, reagierten die NGOs mit einem Zwölf-Punkte-Programm zur Rettung des Sozialgipfels.¹² Tenor dieser Erklärung: Wenn die Regierungen sich weiterhin nicht ernsthaft mit den strukturellen Ursachen von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung befassen, ist der Gipfel zum Scheitern verurteilt.

Die Vorschläge der NGOs zielen unter anderem auf eine grundlegende Reform der Strukturanpassungspolitik von IMF und Weltbank sowie die stärkere Überwachung der internationalen Finanzinstitutionen, der neuen Welthandelsorganisation und der transnationalen Unternehmen. Gefordert werden neue Initiativen zur Schuldenreduzierung, die Ratifizierung der zentralen Menschenrechtsübereinkommen und die Aufwertung des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Daneben bekräftigen sie einmal mehr die Forderung nach einer Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) auf 0,7 vH des Bruttosozialprodukts, wovon künftig mindestens die Hälfte für die Grundbedürfnisbefriedigung verwendet werden sollte.

Da auch der erste Entwurf des Konferenzsekretariats für eine Schlußerklärung unter Delegierten und NGOs auf breite Ablehnung stieß, entschloß sich PrepCom-Vorsitzender Juan Somavia, parallel

zu den offiziellen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen eine repräsentative Gruppe von Delegierten, die »Freunde des Vorsitzenden«, zu versammeln, um Elemente eines neuen Entwurfs für eine Abschlusserklärung zu erarbeiten. Das Ergebnis dieser Geheimdiplomatie wird als Durchbruch in den festgefahrenen Verhandlungen angesehen.¹² Bemerkenswerterweise wird es von allen Seiten positiv aufgenommen und stellt nun das bislang wichtigste Vorbereitungs-dokument für den Gipfel dar.

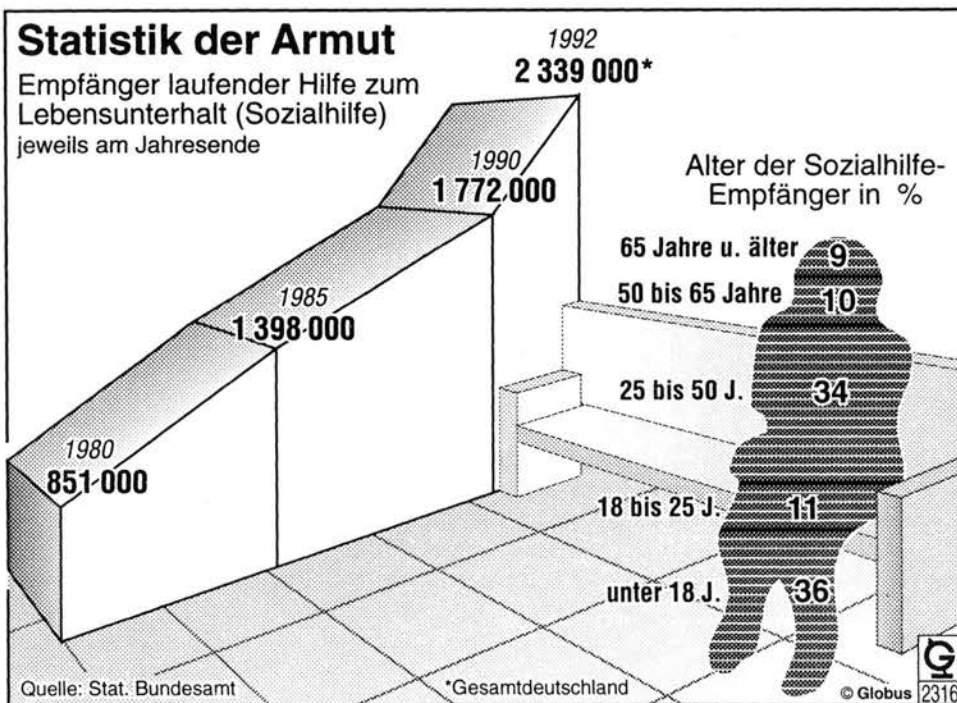
Im Zentrum der Abschlusserklärung stehen nach dieser Vorlage neun Verpflichtungen, die die Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen eingehen sollen. Als politische Ziele, die im Rahmen dieser Verpflichtungen angestrebt werden, werden unter anderem genannt:

- Die Förderung einer gerechten Einkommensverteilung durch eine Politik, die auf soziale Gerechtigkeit auf allen Ebenen ausgerichtet ist.
- Die Beseitigung der weltweiten Armut in kürzestmöglicher Zeit, auch durch zeitgebundene politische Verpflichtungen auf der nationalen Ebene.
- Die Schaffung von Arbeitsplätzen als zentrale politische Aufgabe von Regierungen, Unternehmen und internationalen Organisationen.
- Die soziale Ausrichtung von Strukturanpassungsprogrammen, unter anderem durch »Sozialverträglichkeitsprüfungen« bei den internationalen Finanzinstitutionen, und durch die regelmäßige Überprüfung der Folgen von Strukturanpassungsprogrammen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes.
- Die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen auf nationaler Ebene durch ein progressives Steuersystem und eine »angemessene« Unternehmensbesteuerung.
- Die Bereitschaft, das 0,7-Prozent-Ziel für die ODA innerhalb eines von jedem Land festzusetzenden Zeitrahmens zu erreichen.
- Die Vereinbarung weiterer Initiativen zur Beseitigung aller Schulden der am stärksten verschuldeten Länder zu einem frühen Zeitpunkt.
- Die Ausarbeitung eines globalen Vertrages (global compact), in dem Kernziele des Weltsozialgipfels und Verpflichtungen der Staaten festgeschrieben werden.

Die zentrale Frage für den weiteren Verhandlungsprozeß ist nun, auf

welchem Niveau die derzeit inkompatiblen Entwürfe für die Abschlusserklärung und das Aktionsprogramm in Einklang miteinander gebracht werden. Wird das Aktionsprogramm zur Übereinstimmung mit der Abschlusserklärung geführt und mit klaren Zielvorgaben, Zeitrahmen und der Festlegung von Folgemaßnahmen versehen, kann der Kopenhagen-Gipfel durchaus noch zum Erfolg werden. Wird dagegen die jetzt im Entwurf vorliegende Abschlusserklärung verwässert, in ihren zentralen politischen Aussagen beschnitten und damit dem Niveau des Aktionsprogramms angeglichen, ist der Gipfel in seiner ursprünglichen Zielsetzung endgültig gescheitert, bevor er überhaupt begonnen hat.

- 1 In seiner Grußadresse zur Eröffnung der Organisationstagung des Vorbereitungsausschusses für den Weltsozialgipfel am 12. 4. 1993.
- 2 UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 1994, Bonn 1994, S. 6.
- 3 UN Doc. A/CONF. 166/PC/6 v. 4. 1. 1994 (World Summit for Social Development: An overview. Report of the Secretary-General).
- 4 A/CONF. 166/PC/8 v. 1. 11. 1993, Ziff. 6 (Expert Meeting on Social Integration). Neben diesem fanden auch zu den beiden anderen Hauptthemen des Weltsozialgipfels Expertentreffen statt: A/CONF. 166/PC/9 v. 1. 11. 1993 (Expert Meeting on the Expansion of Productive Employment); A/CONF. 166/PC/17 v. 5. 8. 1994 (Expert Meeting on Poverty).
- 5 A/CONF. 166/PC/L.18 v. 31. 8. 1994, Commitment 7 (Elements for the draft declaration: Progress report presented by the Chairman of the Preparatory Committee).
- 6 A/48/935 v. 6. 5. 1994. – Dieser (auch in deutscher Übersetzung vorliegende) Entwurf wurde dann der 49. Tagung der Generalversammlung unterbreitet.
- 7 Mitglieder der 16köpfigen Beratergruppe sind unter anderem der ehemalige chilenische Präsident Patricio Aylwin, die dänische Entwicklungsministerin Helle Degn, die französische Sozialministerin Simone Veil und die südafrikanische Literaturnobelpreisträgerin Nadine Gordimer.
- 8 Das UNDP zählt zu den »human priorities« die Bereiche Grundbildung, Basis-Gesundheitsdienste, sauberes Trinkwasser, ausreichende Sanitäreinrichtungen, Familienplanung und Ernährung. Vgl. Bericht über die menschliche Entwicklung 1994, S. 249.
- 9 Diese Haltung ist dem Entwurf einer Stellungnahme zu entnehmen, die vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung für die zweite Tagung des Vorbereitungsausschusses im August 1994 ausgearbeitet wurde.
- 10 Einziges Relikt dieser Initiative ist eine Anmerkung zur Resolution 47/92 der Generalversammlung zur Einberufung eines Weltgipfels für soziale Entwicklung. Sie lautet: »Unbeschadet dieses Beschlusses können sich die Regierungen auf Ministerienebene oder auf ähnlich hoher Ebene vertreten lassen.«
- 11 Der erste Entwurf des UN-Sekretariats für ein Aktionsprogramm datiert v. 3. 6. 1994: A/CONF. 166/PC/L.13 (Outcome of the World Summit for Social Development: Draft Declaration and Draft Programme of Action). Ihm folgten bislang zwei überarbeitete Entwürfe am 24. 8. und am 20. 9. 1994. Die beiden letztgenannten Entwürfe sind nicht als förmliche Dokumente erschienen.
- 12 A/CONF. 166/PC/L.18 (Anm. 5).



Armut und Verelendung: kein Problem allein der Länder der südlichen Halbkugel. Auch in Deutschland, das Rang 11 auf dem Index der menschlichen Entwicklung im – vom UNDP vorgelegten und von der DGVN in deutscher Sprache veröffentlichten – Bericht über die menschliche Entwicklung 1994 einnimmt, ist in den letzten Jahren die Zahl der Armen deutlich gewachsen. Ende 1992 erhielten rund 2,3 Millionen Menschen Sozialhilfe in Form von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Es sind Menschen, die in Not geraten sind und das nötige Geld für Lebensmittel, Kleidung und Unterkunft nicht mehr aufbringen können. Ein Drittel der Sozialhilfeempfänger ist im Alter von 25 bis 50 Jahren; Hauptursache ihrer Notlage ist meist die Arbeitslosigkeit. Aber auch ältere Menschen geraten in Situationen, in denen das Sozialamt einspringen muß, weil etwa die Rente für den Lebensunterhalt nicht mehr ausreicht. 36 vH der Sozialhilfeempfänger sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren; bei ihnen ist meist der Tod oder Ausfall des Ernährers der Grund für die Unterstützung.